

Laibacher Zeitung.

Nr. 75.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung im Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 3. April

Insertionsgehalt: Die 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 50 h.

1866.

Amstlicher Theil.

Kaiserl. Verordnung vom 23. März 1866,

wodurch die Behörden bestimmt werden, welche nach Auflösung der l. f. Polizeibehörden in Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Laibach, Zara, Klagenfurt, Troppau und Czernowitz die Uebertretungen der staatspolizeilichen Vorschriften in erster Instanz zu untersuchen und zu bestrafen haben,

gültig für Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg, Krain, Dalmatien, Kärnten, Schlesien und die Bukowina.

Auf Grund Meines Patentens vom 20. September 1865 und nach Anhörung Meines Ministerrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Art. 1. Nach Auflösung der l. f. Polizeibehörden in Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Laibach, Zara, Klagenfurt, Troppau und Czernowitz werden die l. f. politischen Behörden erster Instanz, welche in den genannten Städten ihren Sitz haben, im ganzen bisher bestandenen Polizeirathen über Uebertretungen staatspolizeilicher Vorschriften, insofern diese nicht in das Gebiet gerichtlicher Amtshandlung fallen, unter Wahrung des Instanzenzuges an die Landesbehörden, zu entscheiden haben.

Art. 2. Mit dem Vollzuge dieser Verordnung wird der Staats- und Polizeiminister beauftragt.

Wien, am 23. März 1866.

Franz Joseph m. p.

Graf Belcredi m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. März d. J. dem Justizministerialsekretär Johann Wierzbicki eine beim k. k. Oberlandesgerichte erledigte Rathsstelle allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. I. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. März d. J. den Marineoberkriegskommissär zweiter Klasse Franz Lorenz zum Marineoberkriegskommissär erster Klasse mit Verlassung seiner Dienstesverwendung als Referent beim Hasen-Admiralat zu Pola allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 31. März 1866 wurde in der l. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter

Nr. 37 die Kundmachung des Kriegsministeriums vom 21. März 1866, betreffend die Gerichtspflege bei der Gendarmerie;

Nr. 38 die kaiserliche Verordnung vom 23. März 1866, wodurch die Behörden bestimmt werden, welche nach Auflösung der l. f. Polizeibehörden in Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Laibach, Zara, Klagenfurt, Troppau und Czernowitz die Uebertretungen der staatspolizeilichen Vorschriften in erster Instanz zu untersuchen und zu bestrafen haben. Gültig für Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg, Krain, Dalmatien, Kärnten, Schlesien und die Bukowina.

Vom l. f. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Am 31. März 1866 wurde in deutschem und zugleich slowenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain. II. Stück. Jahrgang 1866.

Inhalts-Übersicht:

2.

Gesetz vom 17. Februar 1866,

wirksam für das Herzogthum Krain,

womit eine Gemeinde-Ordnung und eine Gemeinde-Wahlordnung erlassen werden.

Vom l. f. Redaktionsbureau des Gesetz- und Verordnungsblattes für Krain.

Laibach, den 3. April 1866.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 3. April.

Der Konflikt zwischen Oesterreich und Preußen erweitert sich zusehends zu einer Krisis des deutschen Bundes. In der That, der Moment ist gekommen, in welchem ein bisher wegen seiner Dummheit in politischen Fragen so oft angegriffener Körper zeigen soll, daß er noch wahre Lebenskraft besitzt. Es muß sich jetzt zeigen, ob die Charte eine Wahrheit ist.

Grundrechtlich, sagt die „Allg. Ztg.“, ist es die oberste Pflicht des Bundes, sowohl gegen seine Mitglieder, als gegen die europäischen Kontrahenten des Wiener Friedensschlusses, in erster Linie und — wenn irgend möglich — vorübergehend darüber zu wachen, daß kein Mitglied des Bundes gegen ein anderes gewaltsam, d. h. mit Waffengewalt, vorschreite, daß keine deutsche Regierung bundesbrüchig und landfriedensstörend die durch den jüngsten Besitzstand bezeichneten Grenzen eines anderen deutschen Landes überfalle oder mit bewaffneter Hand in dieselben eindringe.

Zuerst nach beiden Seiten nicht nur abzuwehren, sondern förmlich aufzufordern, die Aufrechterhaltung des „Gottes- und Landfriedens“ zu geloben; wenn das nicht oder doch nicht von beiden Seiten zugesagt wird, Maßregeln zu treffen, den Angreifer mit gemeinsamer Kraft zurückzuwerfen: das sei die Pflicht des Bundes, die Pflicht sämmtlicher Mitglieder.

Preußen klagt Oesterreich an, den Frieden brechen zu wollen. Das Urtheil des gesammten deutschen Vol-

kes, des gesammten Europa's über die Frivolität dieser Anklage, über die Absicht, aus welcher sie vorgebracht wird, will in Berlin nicht beachtet werden. Nun denn, so fordere der Bund beide Parteien auf, wie einst in alter Zeit „Urfehde“ zu leisten, bei Fürstenthum die Verpflichtung zu erneuern, den Bundesgenossen unter keinen Umständen, aus keinem Vorwande mit Krieg überziehen und den Besitzstand überall respektiren zu wollen. Dann wird sich zeigen, wer sich bereit dazu erklärt oder wer es verweigert, und die Gesamtheit wird sprechen können, sprechen müssen.

Indessen beginnen die ministeriellen preussischen Blätter selbst einzugestehen, daß umfassende militärische Maßnahmen getroffen werden. Die „N. Allg. Ztg.“ weist auf eine Bekanntmachung hin, welche das Generalkommando des dritten Armeekorps, den Ankauf von Artillerie- und Zugpferden betreffend, veröffentlicht. Die schlesischen Blätter veröffentlichen Ordres, welche den Festungskommandos zugegangen sind. In Reisse traf am 28. der Befehl ein, die Festung in einen solchen fortifikatorischen Zustand zu setzen, daß dieselbe gegen einen etwaigen Handstreich gesichert erscheine. Ein gleichlautender Befehl ist dem Kommandanten von Olag zugegangen und ähnliches wird auch von Cosel berichtet. Nach einer in Breslau eingetroffenen Nachricht ist die Ordre ergangen, daß im Bereiche des sechsten Armeekorps eine Augmentation von 140 Mann pro Bataillon eintreten soll. Das Gardegrenadierregiment „Elisabeth“ (es heißt, auch die andern neu formirten Garderegimenter) hat offizielle Weisung erhalten, sich pro Bataillon auf 686 Köpfe zu setzen. Zu diesem Zwecke bedarf es der Einberufung der im letzten Herbst entlassenen Reservisten, mit welchen gleichzeitig die sogenannten Königs- (Dispositions-) Uelauer zur Fahne zurückkehren u. s. f. Endlich verlautet mit Bestimmtheit, daß die Mobilisationsordre an mehrere preussische Armeekorps bereits ergangen sei.

Unter solchen Umständen ist es gewiß für jeden guten Oesterreicher Pflicht, unsere Regierung, welche das gute Recht gegenüber den Machtgelüsten, das Gleichgewicht des Bundes gegen dessen Vergewaltigung, die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Mittelstaaten gegenüber einem durch das Schwert gegründeten und vergrößerten Militärstaate vertritt, durch seine volle Zustimmung, die unüberwindliche Macht der öffentlichen Meinung zu unterstützen, und die Wiener „Presse“ spricht diesen Gedanken vollkommen zutreffend aus, wenn sie es für unerlässlich hält, daß das Wiener Kabinet, wie immer auch die schwebende Frage sich entwickle, sich nicht mit Palliativmitteln begnüge, sondern nur eine solche Lösung akzeptire, durch welche die Angelegenheit nach allen Richtungen endgiltig geregelt werde. Heute noch liege die Macht der Entscheidung in den Händen Oester-

Feuilleton.

Aus der Geschichte des österreichischen Schulwesens.

III.

Vor der Aufhebung des Jesuitenordens lag der Gymnasialunterricht beinahe ganz in seinen Händen. Er berücksichtigte jedoch weder die Mehrseitigkeit des menschlichen Geistes und staatlischen und wirtschaftlichen Lebens, noch die Mannigfaltigkeit literarischer Schätze der Vergangenheit, noch die vorwärts drängenden Bewegungen des Auslandes, noch die Forderungen, welche die Zukunft an die Gegenwart stellte, und lehrte fast nichts als die lateinische Sprache. Das System der Jesuiten erlitt nur auf kurze Zeit eine Unterbrechung. Nach der Aufhebung des Ordens nämlich kamen die etwas entwickelteren Grundsätze der Piaristen zur Geltung, obwohl auch der Lehrplan des Piaristen P. G. Marx nur eine Modifikation des jesuitischen war. Der freiere Plan, welchen der Wiener Professor Z. M. von Heß ausarbeitete, erlag den politischen und religiösen Bedenken der Behörden. Ihn durchzuführen, bedurfte man, wie Beer und Hochegger in dem früher erwähnten Artikel der „Gymnasialzeitung“ hervorheben, ausländischer, norddeutscher, also wohl protestantischer Lehrkräfte; ferner hätte man auch weltlichen, einheimischen Kräften den Lehrstuhl zugänglich machen müssen, und weder das eine noch das andere wurde beliebt. Und so wurde

dem unter Maria Theresia und Josef II. die Durchführung des von einem Piaristen modifizierten jesuitischen Schulplanes auch nach der Aufhebung des Jesuitenordens den früheren Mitgliedern dieses anvertraut. Daß somit im Grunde keine Veränderung geschah, ist un schwer zu folgern.

Josef II. hat für eine lichtvollere Organisation des für den Staat so wichtigen Gymnasialwesens nichts gethan; nur wurde das Schulgeld auf 12 fl., für die philosophischen Kurse (die jetzige siebente und achte Gymnasialklasse) auf 18 fl. erhöht. Seit jener Zeit sind die Leistungen der menschlichen Thätigkeit in jedem Zweige, es sind alle Güter mit höheren Preisen taxirt worden: Das Schulgeld für die siebente und achte Klasse der Mittelschulen ist daselbst geblieben, das der übrigen Klassen wurde nur diesem gleich gestellt.

Nun zeigt die Erfahrung, daß ein hohes Schulgeld der Frequenz durchaus nicht gefährlich ist. Am deutlichsten sehen wir dies in den verschiedenen Staaten Nordamerikas, wo die Schülerzahl gerade dort am größten ist, wo ein höheres Schulgeld gefordert wird. Da es nun — um dem historischen Gange unseres Artikels vorzugreifen — nirgends einem Zweifel unterzogen wird, daß sowohl die Lehrmittel als auch die Vergütung der Professoren an unseren jetzigen Gymnasien mangelhaft ist, so steht eine Erhöhung des Schulgeldes zu erwarten. Die Gehalte der Gymnasial-Professoren sind 1806 geregelt worden; es hat sich aber die finanzielle Lage der Lehrer seit jener Zeit nicht gebessert, sondern verschlimmert, wohl aber haben sich die Anforderungen an dieselben qualitatativ und quantitativ vergrößert. Weil nun die Lebensbedürfnisse für Jeder-

mann theurer geworden sind, hat man vor zwei Jahren das Schulgeld auf die jetzige Höhe normirt und bestimmt, daß ein Drittel an die sieben dienstältesten Professoren vertheilt werden soll. Wir haben noch keinen Gymnasial-Professor gesprochen, welcher, wenn er selbst die höchste Quote erhielt, diese Maßregel gebilligt hätte.

Einigen unserer freundlichen Leser dürfte es nicht bekannt sein, daß kein deutscher Staat, ja kein europäischer Kulturstaat die Professoren an den Mittelschulen so schlecht besoldet, wie Oesterreich und daß die betreffenden Gehalte in Rußland viel größer sind.

Während unter Josef II. auf Zentralsirung und auf Unterdrückung jeder selbständigen Regirung des Lehrers hingearbeitet wurde, geschah unter Leopold II. leider zu kurzen Regirung in dieser Richtung ein Schritt zum Besseren. Leider machte man ihn unter Franz I. so gleich wieder zurück.

Die 1795 eingesetzte Studienrevisionskommission hielt den staatspolizeilichen Standpunkt, den wir schon im ersten Theile unseres Aufsatzes bezeichneten, fest. Und doch war es möglich, daß der von ihr 1805 vollendete Gymnasialstudienplan im Jahre 1819 eine „weitere Verschlimmerung“ erleiden konnte. Da war der griechischen Sprache zu viel Zeit gewidmet; die Geschichte mußte eingeeengt und durch eine neue Methode unschädlich gemacht, die Naturwissenschaften beseitigt werden; das theilweise eingeführte Fachlehrersystem wurde durch das System der Klassenlehrer ersetzt, die nun durch die ersten vier Jahre die einzige Quelle alles Wissens und Urtheilens des österreichischen Gymnasialisten waren.

Von 1819 bis 1849, also durch volle 30 Jahre,

reichs, später dürften vielleicht die Verhältnisse sich ändern. „Heute gilt es nach einem Definitivum zu streben, ob die Faltten der preussischen Toga Krieg oder Frieden bergen. Wir stimmen für die positive diplomatische Aktion und für die Beendigung des Provisoriums, wenn der Friede erhalten werden kann, und wir schrecken vor dem Kriege nicht zurück, wenn Preußen verblendet genug ist, ihn zu wagen. Die einmüthige Stimme der Völker Oesterreichs ist für einen kraftvoll geführten Vertheidigungskampf gegen preussische Vergrößerungsabsichten.“

Zum Finanzausweise.

Wien, 30. März.

GC. Die heutige „Ostb. Post“ stellt in ihrer Kritik des gestern veröffentlichten Ausweises über die Erfolge des im Dezember 1865 aufgelegten neuen Anlehens und über die Abwicklung der aus früherer Zeit herrührenden Depot- und Vorschußgeschäfte unter anderem die Frage, was es mit der Post des Ausweises: „Deckung von benötigten Krediten 13,000,000 Gulden“ für ein Bewandniß habe.

Wir sind in der Lage, diese Anfrage mit Folgendem zu beantworten:

Das neue Anlehen des Jahres 1865 war bekanntlich in erster Linie zur Deckung des großen Gebahrungsdefizits des Finanzjahres 1865 bestimmt. Dieses Defizit resultirt nicht etwa erst am Jahreschlusse, sondern macht sich natürlich schon im Laufe des Verwaltungsjahres bei jedem größeren Fälligkeitstermine der Zinsen der Staatsschuld fühlbar, und insbesondere mußte für den 1. November 1865, wo sich die Zahlungen der Staatsschuldzinsen und die Einlösung der Grundentlastungs-Kupons häufen, rechtzeitig Sorge getragen werden.

Dies ist von dem Finanzminister dadurch geschehen, daß er noch während der Anlehensunterhandlungen mit einem ersten Londoner Bankhause und einem hiesigen ersten Kreditinstitute unter sehr billigen Bedingungen und ohne Verpfändung oder Versehung von Staatseffekten oder Staatsrevenue einen Trattenvorschuß von 12 Millionen Gulden auf drei Monate negozierte und einen ihm von einer der ersten Firmen in London eröffneten Bianco-Kredit im Betrage von 1 Million Gulden (zusammen also 13 Millionen Gulden) benützte.

Der Erlös aus diesen Tratten diente zur Deckung des am 1. November 1865 erforderlichen Kassebedarfes, und wurden die Wechsel zur Verfallszeit aus den Anlehenseinflüssen, und zwar nach den verbesserten Valutaverhältnissen mit einem beträchtlichen Münzgewinne eingelöst. Man war daher vollkommen berechtigt, die fragliche Post von 13 Millionen Gulden als eine Deckung von benötigten Krediten in dem Ausmaße aufzunehmen, und konnte dieselbe, obschon nur durchlaufend, nicht mit Stillschweigen übergangen werden, weil in letzter Auflösung die erwähnten 13 Millionen Gulden eine Verwendung der Anlehenseinflüsse zur Deckung eines Theiles des Gebahrungsdefizits darstellen.

Wenn übrigens sowohl von der „Ostb. Post“ als von einigen anderen Tagesblättern in der veröffentlichten Gebahrungsabrechnung eine sich in Details ergebende Ausführlichkeit vermißt wird, so wollen wir der öffentlichen Meinung doch die Erwägung nahe legen, einerseits, daß eine förmliche Bilanzanstellung inmitten des Verwaltungsjahres an und für sich unthunlich erscheint, andererseits, daß es der Finanzverwaltung nicht beifallen kann, in dem gegenwärtigen Momente ihre Ressourcen auf Kreuzer und Pfennig der Öffentlichkeit Preis zu geben. Dem Patrioten wird genügen, zu er-

fahren, daß der Finanzminister, wie mit authentischen Ziffern in dem eben besprochenen Ausweise dargethan worden, gleichwie aus welchen Hilfsquellen, die von seinem Vorgänger aus Depot- und Vorschußgeschäften übernommen, in dem Finanzgesetz für das Jahr 1865 nicht berücksichtigt gewesen Verbindlichkeiten zum größten Theile abgetragen hat, daß die Stipulationen der Bankakte auf das Peinlichste eingehalten worden sind, daß das Defizit des Jahres 1865 vollständig beglichen ist, der laufende Dienst in dem verflossenen ersten Quartale des Jahres 1866 in größter Ordnung und Regelmäßigkeit besorgt wurde, die Steuereinzahlung ungeachtet partieller Nothstände im Allgemeinen befriedigend vor sich geht, daß endlich in sämtlichen Verwaltungszweigen, einschließlich des Militäretats, die präliminirten Dotationen bis inklusive letzten April d. J. strengstens eingehalten worden sind und für die Einhaltung sämtlicher Staatsverbindlichkeiten auf Monate hinaus ausreichende Vorsorge getroffen ist.

Oesterreich.

Lemberg, 27. März. Den Umstand, daß der galizische Landtag sich jetzt mit einer „Bitte“ und nicht mit einer „Adresse“ an den Thron wendet, erklärt „Gaz. nar.“ damit, daß für eine Adresse, welche sich über die Hauptfrage, das Verhältniß Galiziens zur Monarchie in ihrer Reorganisation, aussprechen müßte, so lange noch die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn dauern, der geeignete Zeitpunkt noch nicht gekommen sei; insofern es sich aber um die rein interne Angelegenheit handle, den Weg aufzufinden, damit die vom Landtage votirten, die innere Reorganisation Galiziens bezweckenden Gesetze auch entsprechend durchgeführt werden, habe man sich auf die eine Bitte um Ernennung eines galizischen Hofkanzlers beschränkt.

Wie die Lemberger polnischenblätter melden, hat der dortige Kahal (israelitischer Gemeindevorstand) über Anregung des Landtags-Abgeordneten Landesberger und in Anbetracht des Umstandes, daß die speziellen Interessen der Lemberger Judenthümlichkeit durch den „israelitischen Administrationsrath“, welcher nach dem neuen Gemeindestatute einen Bestandtheil des Stadtrathes bilden soll, nicht genügend gewahrt erscheinen, den Beschluß gefaßt, eine Deputation an Se. Majestät zu senden, um sowohl die a. h. Sanction des Lemberger Gemeindestatuts zu hintertreiben, als auch gegen den Landtagsbeschluß über die Wechselfähigkeit Vorstellungen zu machen. „Gaz. nar.“ und „Przeglad“ nennen diesen Schritt höchst inconstitutionell, provozirend und eine Beleidigung für das ganze Land und sind der Meinung, daß die Abneigung gegen die Juden dadurch sich noch steigern müßte.

Pest. In einer Komorner Korrespondenz des „Pesti Hírnök“ wird es auf das Entschiedenste in Abrede gestellt, daß die beim Landtag eingereichte Neutraer Petition wegen Herstellung der Municipien der Ausdruck der gesammten Intelligenz des dortigen Komitats sei. Eine sehr große Majorität der Bezirke des Neutraer Komitats will, wie der Korrespondent versichert, die Komitate nicht unbedingt hergestellt sehen, und will nicht, noch kann es wollen, daß die Komitate ohne jede kompetente Landtagsdebatte und ohne im Einvernehmen mit der Regierung, resp. Sr. Majestät als eines Faktors der Gesetzgebung, gebrachtes Gesetz restituirt werden, überzeugt, daß eine weise und tiefe Erörterung dieser Frage für alle vom Heil sein wird. Unterzeichnet ist der Brief von Josef

Boor, gewesenem Deputirten-Kandidaten des Neutraer Komitats.

Triest, 31. März. Wie man der „Tr. Ztg.“ aus Florenz meldet, soll unter den Befehlen des Vizeadmirals Provano ein aus 1 Linien Schiff, 2 Fregatten und 5 kleineren Schiffen zusammengesetztes Geschwader gebildet werden, welches die Aufgabe habe, im adriatischen Meere zu kreuzen.

Belluno, 24. März. Die erste Kunde von einer mächtigen Bergabstürzung bei Alpaos, welche für die Umgebung so verderblich werden sollte, traf vor ungefähr zwölf Tagen hier ein. Seither wurden von den Behörden die nöthigen Untersuchungen gepflogen. Der Sachverhalt stellt sich ungefähr in folgender Weise heraus: Das aus 31 Häusern bestehende und von 210 Menschen bewohnte Dorf Alpaos erhebt sich aus der Einsattlung des gleichnamigen Berges. Der Berg entsendet viele Wasserfäden zu Thal, welche ihr Gerinne im Laufe der Zeit tief in den Boden einsenkten und sich bei dem steilen Gefälle rasch in die Tiefe ergießen. Den Fuß des Berges umspülen im schnellen Laufe zwei reißende Flüsse, Tesa und Tesina, die seit Jahrhunderten an der Unterhölzung des Berges rastlos arbeiten. Kein Wunder, daß der Berg selbst, auf welchem das unglückliche Dorf liegt, in seinem Innern zerklüftet, seit lange den Einsturz drohte. Es war am Abend des 4. l. M., als die Aufmerksamkeit der Einwohner ungefähr gegen 9 Uhr zuerst durch die Unruhe und das zu so später Stunde ungewöhnliche Gebrüll des Windviehes erregt wurde, dazu gesellte sich unheimliches Abbröckeln der Tünche von den Mauern und Erzittern des Bodens. Die Bewohner suchten, nachdem sie zuvor das Vieh in den Ställen losgelassen hatten, das Freie. Es war hohe Zeit, denn ein Erdschlipf von mächtiger Ausdehnung folgte gleich darauf, derselbe nahm die ganze Länge des Dorfes ein. 14 Häuser wurden noch während derselben Nacht zerstört. Am nächsten Morgen setzte sich die Bewegung fort; aufs Neue wurden sechs Häuser zertrümmert und die dazu gehörigen Kulturen verheert. Was stehen blieb, war in seinen Grundfesten erschüttert und drohte den Einsturz, die Wände zeigten sich voll Risse und Sprünge, außerdem liegt die Gefahr nahe, daß sich abermals ein Theil der Bergeszinne lösen und auf den letzten Rest des Dorfes niederrollen könnte. Die Umgebung des Ortes ist von Schutt und Trümmern und feuchter Thonerde bedeckt. Der Boden scheint nachgiebig und jeder festen Grundlage zu entbehren, so, daß eine rasche Wiederholung des Unglücks nicht außer den Grenzen der Wahrscheinlichkeit läge. Ich komme nun auf den Zustand der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung zu sprechen. Schmerz und Entsetzen waren so groß, daß sie den Einwohnern für einen Augenblick die Fähigkeit des Denkens und der Ueberlegung raubten, sie weigerten sich förmlich, ihre Häuser zu verlassen, und es bedurfte des Aufwandes aller Barmherzigkeit, um sie zum Auszug zu bewegen. Bei der Menschenfreundlichkeit der Bewohner des benachbarten Camosano gelang es leicht, für die neunundzwanzig Familien des verunglückten Alpaos Unterkunft auszumitteln. Der Pfarrer der Ortschaft und die meisten Bewohner leisteten hilfreiche Hand, um die Pflaster und Greise nach ihrer einstweiligen Heimat zu übersiedeln, dann wurden Lebensmittel, Zugvieh und Hausgeräthe nach dem Ort ihrer Bestimmung gebracht. Verlust an Menschenleben ist keiner zu beklagen und die armen Auszügler befinden sich so wohl, als es ihre traurige Lage gestattet.

wurde in dem Organismus der wichtigsten Schulen unseres Vaterlandes nichts geändert als die Zahl der Gymnasien, welche in diesem Zeitraum von 82 auf 83 stieg, während Preußen in eben jenen drei Decennien zu seinen 91 Gymnasien noch 27 neue errichtete. Da kamen die Jahre acht- und neunundvierzig und mit letzterem eine gründliche Umgestaltung unserer Mittelschulen. Nun stieg die Zahl der Gymnasien in 14 Jahren bei uns um 12, in Preußen aber um 54, so daß unsere deutsch-slavischen Provinzen, deren Einwohnerzahl von der des preussischen Staates um ein Geringses differirt, im Jahre 1863 95, Preußen aber 172 Gymnasien aufweist.

Wenn wäre nicht noch der traurige Zustand unseres Gymnasialwesens vor dem Jahre 1849 in Erinnerung? Seit 1819 gingen diese Anstalten wieder wo immer thunlich in die Hände geistlicher Korporationen über. Es gab keine Bildungsanstalten für Professoren.

Daß an den akademischen Gymnasien nach 1805 Adjunktenstellen freit wurden, beseitigte die Autodidaktik der österreichischen Professoren keineswegs. Mit Verdrüß mußten die Vaterlandsfreunde dem ungeheuren Aufschwunge des Unterrichtswesens in Deutschland zusehen. Konnte es unter ihnen an einer, wenn auch langsam zum Durchbruche kommenden Opposition fehlen? Ihren Bemühungen verdanken wir den „Organisationsentwurf“ vom Jahre 1849, das Gesetz, nach welchem unsere jetzigen Mittelschulen eingerichtet sind und das freilich erst nach großen Auseinandersetzungen und ehrenvollen Vertheidigungen andererseits im Jahre 1854 seine definitive Genehmigung erhielt. Die Kämpfe für

dieses Gesetz, das Oesterreich mit den deutschen Staaten bezüglich des Gymnasialwesens auf die gleiche Höhe stellt, wurden zumeist von Professoren geführt; denn das Ministerium Thun war in dieser Beziehung liberal genug, die freie Diskussion zu gestatten. Das Feld, auf welchem der Streit vorzugsweise geführt wurde, war die 1849 gegründete „Gymnasialzeitung“, welche von dem Dichter J. G. Seidl und den Universitätsprofessoren H. Bonik und J. Hochegger redigirt wird.

Die Freiheit der Diskussion, die Gründung der genannten „Gymnasialzeitung“, nach welcher auch Fachblätter für andere Gebiete des Unterrichtes erschienen, die Errichtung von Lehrerseminarien, d. h. Bildungsanstalten für Professoren, die Einschaltung von Prüfungskommissionen, die Aufhebung des Schulbücherzwanges, welche das Aufkommen einer inländischen Schulliteratur ermöglichte, die Einführung des Fachlehrersystems, die gleiche Betonung der mathematischen, naturgeschichtlichen und historischen Studien mit dem der antiken Sprachen, von denen die griechische eine ihrer würdigen Berücksichtigung erhielt: dies sind Errungenschaften, gegen welche nur der blinde Parteigeist und dieser immer furchtsamer seine Stimme zu erheben wagt. Wir wollen zugeben, daß auch der Organisationsentwurf, wie alles auf Erden, einer Vervollkommenung zugänglich sei, doch nothwendig ist sie noch nicht. Vorerst muß eine strenge und allseitige Durchführung desselben seine Forderungen als leicht erfüllt darstellen, dann erst dürfen diese höher gestellt werden. Leider haben bedauerliche Einflüsse in manchem Kronlande so deprimirend auf die Entfaltung der Schulangelegenheiten gewirkt, daß der Organisationsentwurf daselbst zum Ideale geworden ist,

das zu verwirklichen auch die größte Aufopferung der Professoren nicht vermag.

Von welchem Gehalte der „Organisationsentwurf“ ist, geht auch aus dem Umstande hervor, daß die Ungarn, welche ihn 1861 beseitigten, jetzt daran denken, in einem neuen Unterrichtsgesetze sich seinen Bestimmungen wieder zu nähern. Und so möchte es Allen ergehen, welche ihm die Treue kündigen wollten. Zu bedauern ist vielmehr, daß die Ueberfüllung der Klassen eine genaue Ausführung seiner Bestimmungen, die auch bei einer geringeren Schülerzahl alle Kräfte der Professoren in Anspruch nimmt, geradezu unmöglich macht. Vielseitig wird ferner darüber geklagt, daß an manchen Gymnasien, besonders in Galizien und Böhmen, ungeprüfte Supplenten doziren, so wie über die Langsamkeit, mit welcher die Professoren geistlicher Ordensgymnasien sich den vorgeschriebenen Prüfungen unterziehen. Es spricht sich die Meinung aus, daß jenen Anstalten, welche sich den Forderungen des Gesetzes nicht unterwerfen, auch das Recht der Abhaltung von Maturitätsprüfungen entzogen werden solle.

Was unter Kaiser Franz I. so sehr gefürchtet wurde, ist geschehen. Es wurden Ausländer nach Oesterreich berufen, es hat sich ein weltlicher Professorenstand gebildet, er genießt Selbstständigkeit und das Recht der Besprechung und Mittheilung seiner Erfahrungen; die Organisation unserer Gymnasien beruht nicht mehr auf dem staatspolizeilichen Standpunkte, sondern ihr Mittelpunkt ist „eine wahrhaft humane Bildung auf Grundlage ausreichenden positiven Wissens.“ (Schluß folgt.)

Russland.

München, 30. März. Die „Bairische Zeitung“ schreibt: Freiherr v. d. Pfordten hat das preussische Rundschreiben unter Hinweisung auf die Art. 11 und 19 der Bundesverfassung beantwortet, wonach dasjenige Bundesglied, welches ein anderes angreift, bundesbrüchig wird.

Leipzig, 29. März. Soeben verlautet, daß der Schlußband der Uebersetzung von Dante Alighieris „Göttlicher Komödie“, als dessen Verfasser Philalethes genannt wird (König Johann von Sachsen), nämlich der dritte, das Paradies enthaltende Theil, in neuer durchgesehener und berichtigter Ausgabe, ausgestattet mit einem Titelkupfer von E. Wendemann, einem Grundrisse von Florenz, einer Darstellung des Sitzes der Seligen und einer Karte, dieser Tage zur Versendung kommen wird. Se. Majestät hat dem Korrektor des Werkes, dem es zu danken ist, daß trotz der sehr schweren zu lesenden Handschrift des Königs so gut als gar keine Druckfehler stehen geblieben sind, ein anerkennendes Handschreiben gesendet. Es ist dies der Privatgelehrte Ludwig Hüttner, Korrektor bei B. G. Teubner.

Berlin, 30. März. Ministerpräsident Graf Bischoff hat gestern im auswärtigen Amte eine längere Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi.

Berlin, 31. März. Die Abendausgabe der „National-Ztg.“ enthält den Wortlaut der preussischen Depesche an die deutschen Mittel- und Kleinstaaten vom 24. d. M. Die Depesche setzt auseinander, Oesterreich habe ohne Provokation seitens Preußens die preussische Grenze bedrohende Rüstungen angeordnet, welche Preußen zu Gegenrüstungen zwingen, um nicht die Situation vom Jahre 1850 wiederholt zu sehen. — Die Depesche fordert die betreffenden Gesandten auf, die nöthigen Aufklärungen zu geben, damit die Vorbereitungen Preußens im richtigen Lichte aufgefaßt werden. Die Depesche fährt fort: „Außer Maßregeln zu augenblicklicher Sicherheit fordert die Situation gebieterisch, die Zukunft ins Auge zu fassen und sich nach Garantien umzusehen, welche Preußen die Sicherheit gewähren, die wir in einem Bündniß mit Oesterreich vergebens suchten, welche Oesterreich sogar bedrohte. (!) Preußens Stellung, sein deutscher Charakter, die deutsche Gesinnung seiner Fürsten weisen Preußen zunächst dahin, diese Garantien in Deutschland zu suchen. Auf dem Boden der deutschen Nationalität wird Preußen immer zuerst versuchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden. Hierbei bringt sich stets wieder die Erkenntniß auf, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für jenen Zweck, für eine aktive Politik unzureichend sei. Den ernsthaften Antagonismus zwischen Oesterreich und Preußen können die Einrichtungen des Bundes nicht ertragen, den drohenden Bruch, den Konflikt nicht verhüten und überwinden. Wir vermögen in der augenblicklichen Lage das Vertrauen auf die wirksame Hilfe des Bundes nicht zu betheiligen, falls wir angegriffen werden. Bei jedem Angriff ist Preußen zunächst auf seine eigenen Kräfte angewiesen, wenn nicht der besonders gute Wille einzelner Bundesregierungen zu seiner Unterstützung Mittel in Bewegung setzt, welche auf gewöhnlichem Bundeswege viel zu spät flüssig würden. Preußen ist gegenwärtig in der Lage, die Bundesgenossen zu fragen, ob und in welchem Maße es auf deren guten Willen zählen dürfte. Der vielleicht augenblicklich vorhandene gute Wille einiger Bundesgenossen beruhige übrigens Preußen nicht über kommende Gefahren, weil die gegenwärtige Lage des Bundes die Möglichkeit, den guten Willen zu betheiligen, ausschließt. Daher müsse Preußen eine den realen Verhältnissen entsprechende Bundesreform anstreben. Hierzu sei Preußen um so mehr genöthigt, je weniger es auf die oben gestellte Frage eine befriedigende Auskunft erlangt. Das Interesse Preußens sei schon durch dessen geographische Lage mit den Interessen Deutschlands identisch. Die Lage Preußens — wenn es nicht Deutschlands sicher ist — sei sehr gefährdet. Preußens Schicksal zieht auch das Schicksal Deutschlands nach sich. Nach Vernichtung der Kraft Preußens könnte Deutschland unzweifelhaft an der europäischen Politik sich nur noch passiv betheiligen. Dies zu verhüten ist die heilige Pflicht aller deutschen Regierungen. Der deutsche Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt würde Deutschlands bei europäischen Krisen vor dem Schicksal Potens nicht schützen. Weitere Aeußerungen sich vorbehaltend, erbittet sich die Regierung zunächst nur die Beantwortung obiger Frage, ob und wie weit Preußen auf Unterstützung rechnen könne, falls es von Oesterreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genöthigt würde.

— 31. März. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: Trotz der preussischen Gegenrüstungen ist es keineswegs geboten, an der Aufrechthaltung des Friedens zu verzweifeln. Die Lage Deutschlands und Europa's ist von der Art, daß kein Staatsmann einen Krieg anfängt, ehe nicht die andern Mittel erschöpft sind. Vielleicht wird Oesterreich jetzt Vorschläge machen, um mit Preußen die deutsche und schleswig-holsteinische Frage zu lösen. Bis jetzt freilich verlautet noch nichts, was auf eine Verständigung deuten würde.

Breslau, 31. März. Die Zeitung & redaktionen wurden vom Polizeipräsidenten im Auftrage

des Oberpräsidenten angewiesen keinerlei Mittheilungen über militärische Maßnahmen zu veröffentlichen.

Kiel, 30. März. Die „Kiel. Ztg.“ schreibt: Es verlautet für bestimmt, daß Befehle von Berlin hier eingetroffen seien, die preussischen Kriegsschiffe schleunigst auf den Kriegsfuß zu setzen. Die Schraubenkorvette „Arcana“ geht morgen mit einer großen Anzahl Offiziere und Matrosen zur Besetzung der Schiffe „Gazelle“, „Arminius“ und „Coreley“ nach Danzig ab.

Turin, 27. März. Daß der König die Osterfeiertage hier verbringen und sodann, aber nur auf ganz kurze Zeit, sich nach Mailand begeben werde, daß die Affiliation italienischer Banquiere soeben in eigener Generalversammlung zur Rehabilitation der Staatsfinanzen eine inländische Anleihe von 200 bis 250 Mill. Lire, deren Amortisirung erst nach drei Jahren zu beginnen hat, zu 5 Proz. an den Staat unter der Bedingung votirt hat, daß die Regierung endlich ernste Verfügungen treffe, um den finanziellen Haushalt in Ordnung zu bringen; daß Prinz Napoleon, nach seinem kurzen Absterben nach Paris, schon nächstens wieder hier erwartet wird, daß in den letzten Tagen auch die Frauen Italiens sich des „durchgefallenen“ Mazzini öffentlich anzunehmen beginnen und sowohl hier als auch in Mailand, Bologna, Livorno und Genua förmliche Clubs zu diesem Zwecke gebildet haben, die dem gekränkten Republikaner fortwährend Trost in Geld und Worten spenden; daß das Parlament vorgestern seine letzte Versammlung vor den Osterfeiertagen mit einer ziemlich lärmenden Debatte über die jüngsten bekanntlich ebenso skandalösen als brutalen Vorfälle in Barletta ausfüllte; daß neuestens in Florenz selbst, also im eigentlichen Herzen unseres jungen Königreiches, ein Blatt, das den Titel „Girenza“ führt, gelegentlich der Nachricht von der erfolgten glücklichen Entbindung der Tochter Leopolds II. und Gemahlin des Fürsten Neuburg den seltenen Muth hatte, seine und der Mehrzahl der Toskaner treue Anhänglichkeit an das legitime Herrscherhaus offen und energischer zu proklamiren — das wären so ziemlich die einzigen Tagesbegebenheiten von einigem Interesse hier zu Lande. Aber der eigenthümlich scharfe Wind, der seit kurzem vom Arno herweht, wirbelt ohne Unterbrechung auch hier eine Menge Sand auf, der mir indes noch bloß Sand für die Augen der allzuunruhigen Leute zu sein scheint.

Paris, 30. März. Das „Memorial diplomatique“ glaubt, daß ein Versuch Preußens, Schleswig zu annektiren, einem Veto der Westmächte begegnen würde, nachdem Schleswig kein zum deutschen Bunde gehöriges Land sei. Oesterreich werde, um seine Mäßigung zu beweisen, nicht gegen die preussische Ordonnanz vom 13. März protestiren. — Mittwoch haben die Vertreter der europäischen Mächte hier die Ratifikationen der Donauschiffahrtsakte ausgewechselt.

— 31. März. Der heutige „Constit.“ schreibt: Angesichts der Schwierigkeiten in Deutschland, welche wir weder übertreiben noch verringern wollen, ist die Situation Frankreichs wohl eine einfache. Sie ist das Ergebnis einer weisen, vorsichtigen Politik, welche sich in dem Worte „Neutralität“ zusammenfassen läßt. Gott allein kann es wissen, ob die Krise durch den Krieg beendet werden wird; aber die kaiserliche Regierung hat für alles vorzusehen gewußt, und möge was immer kommen, Frankreich wird nicht überrascht werden.

London. Die Welt soll nicht zur Ruhe kommen. Die vielen bereits schwebenden Konflikte sollen nun durch einen neuen Konflikt bereichert werden. In London ist man nämlich nicht ohne Befürchtungen über gewisse Verwicklungen, die sich zwischen den Vereinigten Staaten und England in Folge der Drohungen des Fenianismus gegen Kanada ergeben könnten. Die Nachrichten aus Kanada lauten immer alarmirender. Die Zahl der Fenier in Amerika soll sich auf 200.000 Personen belaufen, die über sehr viel Geld verfügen und denen alle Sympathien der Stadt New-York gesichert sein sollen. Zu ihren Freunden zählen sie mehrere Mitglieder des Kongresses und die Regierung der Union hindert sie durchaus nicht in ihren Bewegungen. Das Londoner Kabinet hat die formellsten Instruktionen an den Vertreter in Washington geschickt. Er ist beauftragt, zu verlangen, die Regierung der Union möge sofort jeden Akt der Feindseligkeit der Fenier gegen Kanada unterdrücken. Zugleich wurde ihm eine freundliche, aber feste Sprache empfohlen. Für den Fall, daß sich das Kabinet von Washington nicht geneigt zeigen sollte, diesen Vorstellungen Gehör zu schenken, so werden die diplomatischen Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten abgebrochen werden.

Petersburg, 8./20. März. Ein vom 19. Februar (3. März) datirter und soeben veröffentlichter Ukas des Czaren befreit die 20 Millionen auf Staatsdomänen wohnenden Bauern von der bisherigen besondern bürokratischen Organisation ihres gesammten öffentlichen Lebens, und führt auch auf den Kronländern alle im übrigen Rußland bestehenden freiherrlichen Institutionen, wie die Gemeinde-Autonomie, Bezirksvertretungen, Friedens- und Schwurgerichte u. s. w. ein. Hiemit ist dem mit 19. Februar (3. März) 1861 begonnenen Bauern-Emancipationswerke die Krone der Vollendung aufgesetzt.

— 21. März. Gleichzeitig mit der Abelsversammlung tagte hier auch die allgemeine Bezirksversammlung, um nach der neuen Einrichtung die Wahl der Friedensrichter vorzunehmen. Zuerst wurden die beföldeten Richter gewählt und deren Gehalt von 1500 auf 4000 Rubel erhöht. Dann schritt man zur Wahl der Ehrenrichter. Graf Schwalow erklärte es für wünschenswerth, daß man auch Bauern und nicht bloß Herren vom Adel mit der Ehre bedachte. So wurden denn die Bauern Dmitri, Zakharov und Johann Mosjukhiev aus dem Dorfe Ustelskaja zu Ehrenrichtern erwählt und unter ungeheuerem Jubel proklamirt. Der Fall steht übrigens nicht vereinzelt da. In dem Bezirke von Nowo Ufene, im Gouvernement Samara, ist ein Bauer Präsident der Bezirksversammlung geworden, und mehr als 10.000 Dorfgemeinden des Reiches sind durchweg mit Bauern besetzt, die in Bezirksversammlungen sämmtlich Sitz und Stimme haben. — Laut kaiserlichen Befehls soll bei dem Drenburgschen Schützen-Bataillon der reglementsmäßige Train durch Kameele ersetzt werden. Das Bataillon wird 69 Kameele (darunter 6 zur Reserve) halten und zu Kameelführern Kirgisen miethen.

Bukarest, 30. März. Die Regierung hat heute die Kammer aufgelöst, weil sie dieselbe — als unter dem Einflusse der Rusa'schen Regierung gewählt — nicht für die eigentliche Vertretung des Landes hält. Die Neuwahlen werden gleichzeitig angeschrieben. In 40 Tagen soll die neue Kammer zusammentreten. — Senator Cogolnitscheano wurde heute durch einen Volkshaufen auf der Straße gröblich insultirt.

Nach den letzten Nachrichten aus Amerika zu schließen, unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Fenier zu einer Invasion in Kanada entschlossen sind, woran sie die geringe Zahl unionistischer Truppen an den Grenzen kaum hindern dürfte. Die Kanadier bereiten sich zum Kampfe vor, aber die Grenzen sind so ausgedehnt, daß es den Feniern nicht schwer fallen dürfte, ins Herz des Landes zu dringen. Das englische Parlament wird sich nach Ostern wahrscheinlich in erster Reihe mit der Frage der Vertheidigung Kanadas zu beschäftigen haben.

Tagesneuigkeiten.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschliebung vom 27. März d. J. dem Mitgliede der Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Vaudenkmale Albert Camajina in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

— „Naplo“ erfährt nunmehr aus der competentesten Quelle, daß sich Ihre Majestät die Kaiserin um die Mitte Mai nach Fjared am Plattensee begeben werde.

— Die Presse schreibt: Die wir bereits andeuteten, steht die Rundmachung eines neuen Pensionsgesetzes für Staatsbeamte in naher Aussicht. Die Erlaffung desselben wird deshalb so rasch betrieben, weil zahlreiche Pensionirungen vorzüglich in der Finanzbranche erfolgen sollen. Der Modus, ob die Eintheilung der Pensionsjahre nach $\frac{1}{7}$, $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{9}$ oder $\frac{1}{10}$ etc. erfolgen soll, ist noch nicht festgestellt und dürfte erst definitiv im Ministerrathe entschieden werden.

— Dem „Halos narodny“ zufolge hat das Finanzministerium die Bewilligung zur Errichtung einer Gewinn-Lotterie zum Besten der durch die Hungersnoth bedrohten Einwohner Ostgaliziens ertheilt. Die freiwilligen Beiträge können an das Unterstützungskomitee in Kolomea eingesandt werden. Als zu diesem Zweck erfolgenden Einsendungen sind vom Postporto befreit. Der Verlosungstag wird später bekannt gemacht werden.

— Wie der „Bozor“ erzählt, hatte ein Graf, Gutsbesitzer in der Nähe von Warasdin, einen Bauer, der ihm wahrscheinlich nicht zu Gefichte gestanden, nicht nur thatsächlich mißhandelt, indem er ihn blutig schlug, sondern denselben eigenhändig auch den Kopf auf türkisch übliche Weise glatt rasirt. Der Gutsbesitzer wurde für diese Gewaltthat zwar zur Rechenschaft gezogen, das Resultat derselben läßt aber doch noch immer auf sich warten.

— Gegenüber der Erklärung der Stadtgemeinde Graz, die Lokalpolizei nicht vor 1. November d. J. übernehmen zu können, hat, wie die „Tgzt.“ hört, das k. k. Polizeiministerium in einem jüngst herabgelassenen Erlaß von ihm ursprünglich bis 1. April d. J. fixirten Termin lediglich bis Ende April d. J. erstreckt, darauf hinweisend, daß auch die anderen Provinzialhauptstädte sich mit dieser Fristverlängerung zufriedengegeben haben. Was die Entscheidung der Frage betrifft, so soll der Gemeinde lediglich die Ueberlassung der Gebühren für Tanzmusiklizenzen — die sich vielleicht auf 2000—2500 fl. beziffern — in Aussicht gestellt worden sein. Zur Behandlung dieses Gegenstandes dürfte in den nächsten Tagen eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderathes stattfinden.

— Das Leichenbegängniß des k. k. Truchseß-Bolitarp Paravic von Eszibar fand am 30. März Nachmittags in Graz statt. Ein endloser Zug von Armen, wie er in Graz selten zu sehen, schritt vor dem Leichenwagen, welchem die leidtragenden Verwandten des Verbliebenen und eine lange Wagenreihe folgten. Zur Einfegnung hatten sich die Erzellenzen Herr Graf Strassaldo, Herr Graf Auerberg und dessen Frau Gemalin, Herr Graf Erdödy und viele Notabilitäten der Gesellschaft eingefunden.

— Bekanntlich kam in der letzten Session des Triester Stadtrathes als Landtages die Regierungsvorlage wegen Revision des städtischen Statuts nicht zur eigentlichen Verhandlung. Der Landtag nahm Anstand an der Bestimmung des §. 3 des Regierungsentwurfes, welcher die selbständige Stellung Triests und dessen Verhältnis zum Reiche auf die allgemeine Landesordnung für das Küstenland gründet, und beschloß vorläufig das Staatsministerium um die ausdrückliche Anerkennung der historischen Rechte Triests, als Grundlage seiner Autonomie, anzugehen. Die die „Tr. Ztg.“ vernimmt, hat das Staatsministerium hierüber die Erklärung abgegeben, daß es sich nicht veranlaßt finde, in die in Anregung gebrachten historischen Erörterungen einzugehen, und daß die Landesordnung vom 26ten Februar 1861 als die gegebene, angenommene und in voller Rechtswirklichkeit befindliche gesetzliche Grundlage der autonomen Stellung Triests zu betrachten sei.

— Der Stadtmagistrat von Meran beabsichtigte die Professoren des dortigen Gymnasiums, bestehend aus Kapitularen des Benediktiner-Stiftes Marienberg, vom Gemeindevahlrechte auszuschließen. Die Professoren rekurrierten dagegen an die politische Behörde und diese hat sich gegen die vom Magistrat beabsichtigte Ausschließung der Gymnasialprofessoren vom Gemeindevahlrechte ausgesprochen.

— Die Königin von England hat eine unerwartete Erbschaft gemacht. Ein alter Mann, der vor einiger Zeit starb, hat, mit Uebergehung seiner Verwandten, der Monarchin sein ganzes Vermögen, im Gesamtbetrage von anderthalb Millionen Pfd. St. (circa 15 Millionen Gulden), vermacht. So erzählen wenigstens auswärtige Blätter.

— Der Gouverneur von Bosnien, Osman Pascha, will in Sarajevo, der Hauptstadt Bosniens, eine Zeitung gründen, welche zur Hälfte türkisch und zur Hälfte serbisch sein soll. Zu diesem Behufe hat er mit dem Semliner Buchdruckereibesitzer Schoprun einen Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen, wornach derselbe jährlich 3000 Dukaten für den Druck dieses Journals erhält. Da aber der Pascha zur Befriedigung seiner Kulturbestrebungen kein Geld hat, so berief er alle vermögenden Serben seiner Residenz zu sich und zwang sie, auf sein Organ in spe zu abonniren. Es soll ihm in der That auch gelungen sein, eine ziemliche Anzahl Abonnenten zu pressen. Auf diese Art sollen in allen Orten Bosniens Pränumeranten gewonnen werden.

Lokales.

Das gestrige Westschießen am hiesigen k. k. priv. Schießstande war ungemein zahlreich besucht und durch die Anwesenheit Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ernst, so wie Sr. Excellenz des Herrn k. k. Statthalters Freiherrn v. Bach ausgezeichnet. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir, daß die Schützengesellschaft heuer ganz vorzüglich prosperirt und daß besonders 16 neue Mitglieder dem Vereine seit Neujahr beigetreten sind; es wäre wohl zu wünschen und steht hiernach auch wirklich zu erwarten, daß dieser schöne, alte, echt bürgerliche Verein sich einer starken Theilnahme der hiesigen Bürger erfreuen und so zu neuem Aufschwünge gelangen wird.

— Am Charfamestag fand in allen Pfarrkirchen die übliche Wasser- und Feuerweihe statt, worauf Hochämter abgehalten und beim „Gloria“ mit allen Gloden gekläutet wurde. Nachmittags 3 Uhr eröffnete die Klosterfrauenkirche die Auferstehungsfeierlichkeiten, wobei weißgekleidete Mädchen mit grünen Zweigen in den Händen voranschritten. In der Domkirche feierte der hochwürdigste Fürstbischof, wobei Sr. Excellenz der Herr k. k. Statthalter, der Herr k. k. Landesgerichtspräsident, die Justiz- und politischen Behörden, die Lehrkörper, der Herr Bürgermeister mit dem Magistrat und Gemeinderath auch anwesend waren; Abends 6 Uhr war der Umzug von der Wambergkirche aus unter großem Andrang der Bevölkerung; die Musik ist von dem Jäger-Musikkorps besorgt worden.

— Das heilige Osterfest wurde am Sonntag Vor- und Nachmittag in allen Stadt- und Vorstadt-Pfarrkirchen in feierlicher Weise gefeiert. In der Kathedrale feierte der hochw. Oberhirt mit zahlreicher Assistenz das Hochamt.

— Gestern, Ostermontag, Nachmittag strömten wieder wie alljährlich viele Bewohner der Stadt und Umgebung zur sogenannten Türken-Grube an der nördlichen Mauer des Friedhofes zu St. Christoph, wo nach alter Sitte Drangen in die Grube geworfen wurden, bei deren Aufhängen sich die zahlreichen Jungen stritten. Der Unterschied zwischen Einst und Jetzt bestand darin, daß vor Jahren die Drangen fortwährend ohne Unterbrechung, jetzt aber stückweise mit Zwischenpausen von der Anhöhe hinabgeschleudert wurden. Uebrigens kommt die sogenannte „Türkengrube“ urkundlich schon im 15. Jahrhundert vor dem Einfall der Osmanen als „Heergrube“ vor (Mitth. d. hist. Vereins).

— Die von der hiesigen evangelischen Gemeinde erfolgte Berufung des Herrn Schaack als Pfarrer wurde, wie von Wien aus schon am 31. v. M. hierher telegraphirt worden ist, von Seite des Ministeriums genehmigt.

— Vorige Woche ereignete sich der höchst seltene Fall, daß am hiesigen Moraste ein Auerhahn geschossen wurde.

— Wie der „Gen. Corr.“ aus Laibach berichtet wird, ist in dem Bezirksorte Littai gelegentlich der Affentirung durch die Stellungspflichtigen ein grober Erzeß verübt worden, welcher bis zu Thätlichkeiten ausartete. Die zur Stellung Berufenen kamen nämlich am 13. v. M., als

dem für die Affentirung anberaumten Tage, meist schon im betrunkenen Zustande in Littai an und überließen sich immer mehr ihrer exzessiven Laune, so daß sie in dem Zimmer der affentirten Rekruten den ganz neuen Ofen und sämtliche Fensterscheiben zertrümmerten. Als die ernstesten Abmahnungen des anwesenden Bezirksbeamten den Exzessanten gegenüber fruchtlos blieben, mußte zu Arrestirungen geschritten werden. Bei Verhaftung des Urtäblers Tomatic, welcher sich durch sein exzessives Benehmen und die offene Aufreizung des vor dem Affentlokal zahlreich versammelten Volkes besonders bemerkbar machte, versuchte derselbe thätlichen Widerstand, so daß die Gendarmen von der Waffe umjomehr Gebrauch zu machen genöthigt waren, als sich in der zur Befreiung der Arrestirten Miene machenden Volksmenge die Rufe vernehmen ließen: „Nehmt Steine und schlagt sie nieder!“ Hierbei erhielt der vorgenannte Urtäbler einen leichten Säbelhieb, welcher die Kopfhaut durchschlug, und konnte erst nach beständigem Widerstande zur Haft gebracht werden. Außer ihm wurden noch drei Burschen, die sich bei dem Tumulte am meisten hervorthaten, zur Haft gebracht und alle vier an die kompetente Strafbehörde gestellt. Nachdem die Volksmenge den Ernst, der sich sehr ruhig und taktvoll haltenden Gendarmen wahrgenommen, verließ sie sich und die Ruhe und Ordnung wurde auch nicht weiter gestört.

Einladung

zu dem vierten und letzten populär-wissenschaftlichen Vortrage „über das geologische Alter der Menschheit“

welcher morgen, d. i. Mittwoch den 4. I. M., im Redoutensaal abgehalten werden wird.

Beginn des Vortrages um halb 8 Uhr Abends.

Billete, das Stück zu dreißig Kreuzer, desgleichen auch gedruckte Leitfäden, das Stück zu 10 kr., sind an der Kasse zu haben.

Der Reinertrag ist einem Wohlthätigkeitszwecke gewidmet.

Wilhelm Ritter v. Fritsch.

Milde Gaben für die Nothleidenden in Unterkrain

sind beim k. k. Landes-Präsidium eingegangen:

Durch das k. k. Bezirksamt Reisiniz:	
Von Herrn Ignaz Holzappel, Pfarrerdechant in Reisiniz	fl. 2.—
„ „ Richard Frant, Kooperator	„ —.50
„ „ Valentin Schusterschitz, k. k. Bezirksvorsteher	„ 2.—
„ „ Anton v. Raab, k. k. Adjunkt	„ 1.—
„ „ Johann Pour, k. k. Aktuar	„ 1.—
„ „ Friedrich Schrei, k. k. Kanzlist	„ —.50
„ „ Max Mayer, k. k. Kanzlist	„ —.50
„ „ Josef Kratochwil, k. k. Steuer-einnehmer	„ —.50
„ „ Valentin Levicnik, k. k. Kontrolor	„ —.50
„ „ Johann Cesark, Diurnist	„ —.20
„ „ Johann Arto, k. k. Notar	„ 1.—
„ „ Johann Podboj, Grundbesitzer	„ —.50
„ „ Johann Klum, Grundbesitzer	„ —.50
„ „ Mathias Kantschitsch, Seilermeister	„ —.20
„ „ Johann Paufer, Handelsmann	„ —.50
„ „ Josef Zotter, Handelsmann	„ —.20
„ „ Jakob Arto, Realitätenbesitzer	„ —.30
„ „ Franz Martinak, Verzehrungs-steuerverbesteller	„ —.10
„ „ Jakob Eppich, k. k. Amtsdienner	„ —.50
„ „ Andreas Rus, Grundbesitzer	„ —.50
„ „ Karl Rudesch, Gutsbesitzer	„ 2.—
„ „ Andreas Perjatu, Grundbesitzer	„ —.20
„ „ Joh. Bobet, Bezirksmundarzt	„ 1.—
„ „ Barthelma Hocevar, Bürgermeister von Strug	„ 1.—
„ der Ortsgemeinde Niederdorf	„ 6.39 1/2
„ Herrn Johann Rozina, Bürgermeister von Schuschje	„ 1.—
zusammen	fl. 24.59 1/2

Laibach, am 29. März 1866.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 3. April. Die „Wiener Ztg.“ schreibt: Eine österreichische Depesche vom 31. März erklärt mit Hinweisung auf die bewiesene freundschaftliche Gesinnung für den König von Preußen und seine Bundespflicht nach Artikel 11, daß dem Kaiser von Oesterreich nichts ferner liege, als die Absicht eines offensiven Vorgehens.

Die Gerüchte von einer Uebereinkunft zwischen Preußen und Italien, so wie von einer italienischen Anleihe werden dementirt.

Frankfurt, 31. März. (Pr.) In den bestunternrichteten Kreisen verlautet, daß selbst Mecklenburg-Schwerin in seiner Erwiderung auf das preussische Zirkular den Standpunkt des Bundesartikels 11 einnimmt, wie überhaupt fast sämtliche deutsche Staaten, die bisher erwiderten. Ein Postzeitungs-Telegramm meldet als authentisch, daß drei preussische Armee-corps mobilisirt werden.

Köln, 31. März. (N. Fr. Pr.) Die „Köln. Ztg.“ konstatirt den Erfolg der Verhandlungen Oesterreichs mit den Mittelstaaten und hebt andererseits die größere Schlagfertigkeit der preussischen Armee, verglichen mit jener der Gegner, hervor.

Hamburg, 31. März. (Pr.) In Schleswig und Lauenburg haben in den letzten Tagen sehr bedeutende Pferdeeinkäufe für preussische Reconnung stattgefunden. Eine Anzahl noch in Danzig stationirter preussischer Schiffe hat den Befehl erhalten, in die Nordsee zu segeln.

Kiel, 31. März. (Pr.) Das Telegramm, daß abzulösende Oesterreicher ihren Heimmarfch über Hannover antreten, muß als tendenziös bezeichnet werden. Das österreichische Korps bleibt unter allen Umständen vollzählig.

Bukarest, 31. März. (Pr.) Der Kriegsminister appellirt an die rumänische Jugend behufs der Bildung zweier neuer Bataillone Jäger und zweier Artillerie-Batterien.

Geschäfts-Zeitung.

Zur Valuta-Frage. Die in den letzten acht Tagen hervorgetretenen Valutenschwankungen sind zu bedauerlich, als daß wir nicht den betrübenden Eindruck, den diese Erscheinung hervorbriegen mußte, theilen sollten. Die Herstellung und Erhaltung einer vollwerthigen Valuta ist eine zu sehr anerkannte Nothwendigkeit, ein mit dem wirtschaftlichen Interesse zu innig verknüpftes Bedürfnis, um nicht gewirkt zu werden, und den Wunsch sowie das Bestreben nach einer dauerhaften Begründung derselben aufs tiefste empfinden zu lassen. Wir können aber dem bei dieser Gelegenheit von vielen Seiten erhobenen Armeus aus dem Grunde kein Echo geben, weil wir in Anbetracht der Verhältnisse, unter welchen diese Störung eingetreten ist, zu erkennen glauben, daß Vertrauen und Zurecht, im Ganzen und Großen, gerade in diesen Tagen, in Rücksicht auf den Werth der Banknoten, sich bedeutungsvoll manifestirt haben. Fast man die politischen Verhältnisse näher ins Auge; bedenkt man, in wie hohem Grade der Ausbruch eines Krieges die Phantasien erregt und wie sehr die Börse geneigt schien, ein solches Ereignis zu eskompiren; bedenkt man, daß die Papierwerthe, Staats- wie Industrie-Effekten von den Schlägen arg deroutirter Börsen aufschlammte betroffen wurden; erwägt man die Komplikationen im Innern, die Börse wie Publikum gleichzeitig beunruhigten, zieht man noch das erwachte Mißtrauen in Betracht, welches durch Ventilation von der Ausgabe neuer Geldzeichen erzeugt wurde, so muß man immerhin die Haltung der Valutakurse als eine verhältnißmäßig günstige betrachten. Vergleicht man vollends die Bewegungen, wie selbe stattfanden, mit ähnlichen Börsenkatastrophen früherer Jahre, so wird man die Beruhigung erlangen, daß das Vertrauen in den Vollwerth der Banknoten mächtig Wurzel geschlagen habe. Dabei kommt noch zu berücksichtigen, daß die gegebenen Konstellationen nothwendig zu Regulirungen im Handel führen mußten, die einen ungewöhnlich starken Begehr für Effekten hervorbrachten, welcher durch den Rembours für Papiere, die das Anstand auf den Markt geworfen hat, vermehrt wurde, außerdem aber auch die kleine wie die große Spekulation solchen Eventualitäten gegenüber im Silberhandel nicht müthig gelassen ist. Wir wollen keineswegs gesagt haben, daß wir ein Steigen des Agio nicht tief bedauern würden; wir glauben aber die Lage richtig aufzufassen, indem wir die Ueberzeugung aussprechen, daß bei ruhigerer Auffassung der Dinge der Valutenstand bald wieder jene Richtung verfolgen wird, die derselbe vor dem Eintritt der besorgnißerregenden politischen Konstellation eingeschlagen hatte, und daß unserm Ermessen nach die Bestimmungen der Bankakte durchaus nicht gefährdet erscheinen und Aufnahme der Barzahlungen zur Zeit erfolgen werden. (W. Holschl.)

Laibach, 31. März. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 3 Wagen mit Heu (38 Ztr. 77 Pfd.), und 22 Wagen mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Witt.	Witt.		Witt.	Witt.
	fl. kr.	fl. kr.		fl. kr.	fl. kr.
Weizen pr. Megen	—	3 90	Butter pr. Pfund	—	45
Korn	—	2 74	Eier pr. Stüd	—	14
Gerste	—	2 32	Milch pr. Maß	—	10
Safer	—	1 77	Rindfleisch pr. Pfd.	—	16
Halbfrucht	—	2 95	Kalbfeisch	—	18
Schiden	—	2 40	Schweinefleisch	—	16
Fische	—	2 30	Schäpfeisch	—	—
Kuhrentz	—	2 50	Hühner pr. Stüd	—	50
Erbsen	—	1 30	Tauben	—	15
Linsen	—	5 —	Heu pr. Zentner	—	1 50
Gröben	—	4 50	Stroh	—	—
Risolen	—	5 —	Holz, hart, pr. Rst.	—	7 —
Rindschmalz Pfd.	—	52	— weiches, „	—	5 —
Schweinechmalz „	—	40	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch, „	—	25	— Cimer	—	18 —
— geräuchert „	—	38	— weißer „	—	14 —

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Witz	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Wasserstand des Himmeis	Niederschlag in Linien
31. 2	6 U. Mg.	327.45	+ 0.5	W. schwach	halbbheiter	0.00
10. 2	„ „	326.91	+ 6.3	D. mäßig	größth. bew.	—
10. 2	„ „	326.03	+ 3.2	D. schwach	größth. bew.	—
1. 3	6 U. Mg.	324.93	+ 2.0	D. sehr schw.	trübe	2.20
2. 3	„ „	324.47	+ 7.0	W. schwach	trübe	—
10. 3	„ „	324.54	+ 4.6	SW. schw.	Regen	—
6 U. Mg.	323.85	+ 3.8	SW. schw.	Regen	—	0.84
2. 3	„ „	323.22	+ 9.6	SW. schw.	größth. bew.	—
10. 3	„ „	322.69	+ 10.3	S. mäßig	größth. bew.	—

Den 31. Morgens schwacher Neif. Untertags wechselnde Bewölkung. Wolkenzug aus N. und N.O. Schneefall in den Alpen, auch auf dem Krinberge. — Den 1. April: Regnerisch. Wolken bede meist geschlossen. Schneefall in den Alpen. — Den 2. April: Zunehmende Wärme. Strichregen. Abends starkes Blitzen in N.O. von 8 Uhr bis nach 11 Uhr. Windst. Südwind Nachts groß weise heftig.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Reimayr.